

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Ausbau der Jugendfreiwilligendienste

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey hat einen deutlichen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste angekündigt. Die Gesellschaft lebe von Menschen, die sich freiwillig in die Gesellschaft einbrächten, sagte Giffey bei der Vorstellung ihres neuen Konzeptes im Dezember 2018 in Berlin. Das Konzept enthält fünf Grundsätze. So sollen die bereits bestehenden Freiwilligendienste, wie das Freiwillige Soziale Jahr, erhalten und verbessert werden. Es soll einen Rechtsanspruch auf Förderung jeder Freiwilligenvereinbarungen für unter 27-Jährige geben. Außerdem sollen die finanziellen Rahmenbedingungen für die Freiwilligen verbessert werden. Auch soll die Anerkennung und Wertschätzung während der Zeit und danach gestärkt werden. Für Menschen mit Behinderungen oder besonderen Lebensbedingungen soll der Zugang verbessert werden. 2018 standen für die Freiwilligendienste rund 263 Millionen Euro im Haushalt des Bundesjugendministeriums zur Verfügung. 2019 wird der Betrag auf 327 Millionen aufgestockt. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/neues-konzept-fuer-jugendfreiwilligenjahr-/131014>

AWO übernimmt Federführung der nationalen Armutskonferenz

Für die kommenden zwei Jahre übernimmt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Geschäftsführung der Nationalen Armutskonferenz. Gerwin Stöcken, Mitglied des Präsidiums der AWO und Sozialdezernent in Kiel, wurde zum neuen Sprecher der Armutskonferenz gewählt. Stöcken will die Themen Teilhabe und Armut in den Mittelpunkt stellen. Dabei soll es Stöcken zufolge um den Übergang von Hartz IV in die Alterarmut, bezahlbaren Wohnraum und die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut gehen. <https://www.awo.org/awo-uebernimmt-federfuehrung-der-nationalen-armutskonferenz-nak>

Impulspapier Altenhilfe

Um die Altenhilfe in Deutschland zu unterstützen, haben der Deutsche Caritasverband und die Diakonie Deutschland mit ihren Fachverbänden, dem Deutschen Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) und dem Verband katholischer Altenhilfe in Deutschland (VKAD), ein Impulspapier zur Weiterentwicklung der Altenhilfe in Deutschland vorgelegt. Das Papier steht unter dem Motto: Würdiges Altern braucht sorgende Gemeinschaften. Die Verbände weisen darauf hin, dass sowohl die pflegebedürftigen Menschen als auch ihre Angehörigen auf ein unterstützendes Umfeld in ihrer Nachbarschaft angewiesen sind. Daher sei die Stärkung des freiwilligen Engagements wesentlich für die Arbeit der Verbände in der Altenhilfe. Auch die örtliche soziale Infrastruktur müsse im Zusammenwirken der Akteure der Altenhilfe, der Selbst- und Nachbarschaftshilfe und der kommunalen Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden. Das Impulspapier der kirchlichen Wohlfahrts- und Altenhilfeverbände fordert eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung und der kommunalen Aufgaben im Bereich der Altenhilfe. <https://www.diakonie.de/pressemitteilungen/hilfe-fuer-alte-menschen-grundlegend-weiterentwickeln/>

Maßnahmen zum Schutz vor Menschenhandel

Die Bundesregierung berichtet in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion über die aktuellen Maßnahmen zum Schutz vor Menschenhandel. So setze sich Deutschland gemeinsam mit seinen EU-Partnern im aktuellen Projekt »EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität« 2018–2021 vermehrt gegen Menschenhandel ein. Weitere Vereinbarungen gebe es auch mit dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und den Vereinten Nationen, in denen ein Schwerpunkt der gemeinsamen Anstrengungen

auf der Prävention und der Bekämpfung des Menschenhandels liege. Die Vereinbarung zwischen EU und Türkei vom März 2016, die besagt, dass alle neuen illegal Eingereisten, die ab dem 20. März 2016 von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangten, nach Einzelfallprüfung in die Türkei rückgeführt werden müssten, sei auch getroffen worden, um Schleusern die Grundlage für Geschäft zu entziehen. Während der Schutz der sich in der Türkei aufhaltenden syrischen Flüchtlinge in türkischer Zuständigkeit liege, unterstütze Deutschland die Versorgung der syrischen Flüchtlinge in der Türkei im Rahmen der EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei.

www.bundestag.de

Hilfe für Straftäter gegen Radikalisierung

Die Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe (KAGS) im Deutschen Caritasverband fordert eine bessere Betreuung und Reintegration von Straffälligen. Gefängnisse können Orte der Radikalisierung und des Extremismus sein, denn für Ausgegrenzte bieten radikale Ideologien ein Zugehörigkeitsgefühl. Die Radikalisierungstendenzen im Gefängnis müssten schneller und besser erkannt und ihnen präventiv begegnet werden, um das Abgleiten von Gefangenen zu verhindern, forderte Caritas-Präsident Peter Neher. Straffällige bräuchten Brücken zurück in die Gesellschaft. Die KAGS will untersuchen, inwiefern Gefängnisse einen Rahmen für empfundene Außenseiterrollen bieten, die eine Radikalisierung im Strafvollzug begünstigen. Neben einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in Deutschland, werden Präventionsmöglichkeiten gegen Radikalisierung, insbesondere im Bereich der Sozialen Arbeit, vorgestellt.

<https://www.meine-caritas.de/archive.aspx?m=080c5fb2-bd4f-4c78-b9b4-74494b1a248a&v=e&r=3a63fe73-2183-484d-9d98-52b36f63dee0>

Termine



WBK Umgang mit Krisen in Pflegeverhältnissen mit Kindern und Jugendlichen 28.02./01.03./03.05.2019, 24 Kontaktstunden

<https://weiterbildung.zhaw.ch/de/soziale-arbeit/programm/wbk-umgang-mit-krisen-in-pflegeverhaeltnissen-mit-kindern-und-jugendlichen.html>

Berufliche Bildung zum Thema Digitale Welt – Bildung und Arbeit in Transformationsgesellschaften 11.–13.03.2019 in Siegen.

<https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/veroeffentlichungen/hochschultage-bb-2019/index.html>

14. Eichstätter Fachtagung Sozialinformatik 14.–15.03.2019 in Eichstätt

http://www.sozialinformatik.de/fileadmin/1805/pdf_documents/Fachtagung/Fachtagung_Eichstaett_2019_210x210.pdf

WBK Achtsame Selbstführung 14.03./15.03./05.04.2019, 24 Kontaktstunden.

<https://weiterbildung.zhaw.ch/de/soziale-arbeit/programm/wbk-achtsame-selbstfuehrung.html>

105. Wissenschaftliche Jahrestagung – »Wunsch und Wahlrecht für alle! und alles!« 20.–21.03.2019 in Berlin.

<https://suchthilfe.de//>

Auf Biegen und Brechen? Alltags- und Übergangspraktiken in Hilfen für junge Menschen. 20.–21.03.2019 in Köln.

<https://www.hf.uni-koeln.de/31493>

Child maltreatment and well-being 21.–22.03.2019 in Berlin.

<http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/en/v/cmw2019/index.html>

Werkstätten Messe 2019 27.03.–30.03. in Nürnberg

<https://www.werkstaettenmesse.de>

5. Caritaskongress 27.–29.03.2019 in Berlin.

<https://www.caritas.de/termine/caritaskongress-2019/71824/>

Call for Papers: Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) 26.–27. 04. 2019 in Stuttgart.

<https://www.dgsa.de/aktuelles-aus-der-dgsa/>

Fachmesse für Rehabilitation, Therapie, Pflege und Inklusion 16.–18.05.2019 in Karlsruhe.

<https://www.rehab-karlsruhe.com/web-site/home/index.jsp>

Denkwerkstätte Graz 2019 – Folgen der Digitalisierung im Dienstleistungssektor 21.05.2019 – 22.05.2019 in Graz.

<https://denkwerkstaette.uni-graz.at/>

Caritas – Charity – Philantrophie – Corporate Citizenship 27.–29.06.2019 in Mettingen.

<https://www.hsozkult.de/event/id/termine-37782>

11. Kongress der Sozialwirtschaft – Führung gestaltet 16.–17.05.2019 in Magdeburg

www.sozkon.de

Fachtagung Übergangsmanagement, DBH, Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik 24.–25.06. 2019 in Frankfurt am Main.

<https://www.dbh-online.de/bildungswerk/fachtagung/uebergangsmanagement>

IFSW EUROPA KONFERENZ: SOZIALSCHUTZ UND MENSCHENWÜRDIGKEIT 8.–11.09.2019 in Wien.

<https://www.ifsw.org/event/ifsw-europe-conference-social-protection-and-human-dignity/>

ÖFEB Kongress 2019: Vermessen? Zum Verhältnis von Bildungsforschung, Bildungspolitik und Bildungspraxis 17.09.2019 – 20.09.2019 in Linz.

https://ph-ooe.at/oefeb_kongress

Dialogpartner Technik? – Werkstattgespräch »Brennpunkte schulischer und außerschulischer Erziehungshilfe« 27.09.2019 in Hannover.

<https://www.ifs.phil.uni-hannover.de/>

Invest in Future 15.–16.10.2019 in Stuttgart.

<https://www.invest-in-future.de/>

7. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Geschlechterforschung 07.11.2019 – 09.11.2019 in Innsbruck.

<https://www.uibk.ac.at/events/2019/11/07/7.-jahrestagung-der-oesterreichischen-gesellschaft-fuer>

36. Internationaler Kongress für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin – Sicherheit, Gesundheit, Ergonomie 05.–08.11.2019 in Düsseldorf.

<https://www.aplusa.de/>

Veranstaltungshinweise an die Redaktion:

bdw@suedpol-redaktion.de

Mit Bildung gegen Jugendarmut

Laut der von der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) herausgegebenen Studie »Monitor Jugendarmut in Deutschland 2018« sind 3,4 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland von Armut betroffen. Dabei versammelt die Studie datenbasierte Informationen zu den Faktoren Gesundheit, Herkunft, Umfeld,

Ausbildung und soziale Mobilität, mit dem Ziel, die strukturellen Ursachen für Jugendarmut aufzuzeigen. Vor allem Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von den sozialen Hilfesystemen nicht mehr erreicht werden, müsse stärker geholfen werden. Dies belegten auch Zahlen aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe – 11,5 Prozent der Klienten der Wohnungslosenhilfe sind jünger als 30 und 24,5 Prozent jünger als 25 Jahre.

<https://www.meine-caritas.de/archive.aspx?m=3504c1e3-06dd-46bf-a8c8-5eda429c1d0e&v=e&r=3a63fe73-2183-484d-9d98-52b36f63dee0>

Ausbildungsprogramme für Imame in Deutschland

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag zur Förderung von Ausbildungsprogrammen für Imame

und islamische Religionsbedienstete in Deutschland gestellt. Darin fordern sie die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit islamischen Theologen und muslimischen Verbänden Konzepte für islamisch-theologische und praxisorientierte Ausbildungsprogramme für Imame und islamische Religionsbedienstete zu prüfen und wie diese in Deutschland etabliert werden können. Dazu gehören auch Vorschläge für langfristige Finanzierungsmodelle der Ausbildungsprogramme und die Honorierung für Imame und islamische Religionsbedienstete. Dabei müsse geprüft werden, wie der Einsatz und die Bezahlung von in Deutschland ausgebildeten Imamen und islamischen Religionsbediensteten in den Gemeinden unabhängig von ausländischen Finanzierungsquellen gewährleistet werden kann.

www.bundestag.de

Grüne fordern Reform des Bundesteilhabegesetzes

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will das Bundesteilhabegesetz (BTHG) nachbessern. Laut den Abgeordneten sei das Ende 2016 verabschiedete Gesetz für viele behinderte Menschen und deren Familien eine Enttäuschung. Der Hauptkritikpunkt der Grünen: Das Gesetz werde dem eigenen Anspruch nicht gerecht, Menschen mit Behinderungen aus dem System der Sozialhilfe herauszuführen und die Vorschriften über die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht umzugestalten. Daher fordert die Partei unter anderem, dass die Leistungsberechtigten ein echtes Wunsch- und Wahlrecht erhalten, wenn es um die Art der Leistung und den Ort der Leistungserbringung geht. Auch sollen sich die Leistungsansprüche am tatsächlichen Bedarf des Menschen mit Behinderung orientieren, damit Teilhabe in allen Lebensbereichen möglich sei. Die Leistungserbringer sollten Menschen auch außerhalb ihrer Einrichtungen unterstützen können. Vor allem müssten Leistungen zur Teilhabe unabhängig vom Vermögen und Einkommen der Berechtigten gewährt werden. Menschen, die gleichzeitig Leistungen aus dem Bereich der Eingliederungshilfe und den Pflegekassen beziehen, dürften durch das BTHG nicht schlechter gestellt werden, erklärten die Grünen in ihrem Antrag.

www.bundestag.de

Diakonie-Chef wird Gesundheitsstaatssekretär

Der Berliner Diakonie-Vorstand Martin Matz wurde am 4. Dezember 2018 vom Berliner Senat zum neuen Staatssekretär für Gesundheit ernannt. Damit verlässt Matz das DWBO, in dem er seit 2011 als einer von zwei hauptamtlichen Vorständen tätig war. Zu seinen Verdiensten gehörte unter anderem, dass die Belange der sozialen Arbeit der evangelischen Kirche in der Landespolitik deutlich sichtbar wurden.

<https://www.diakonie-portal.de/meldung/martin-matz-verlaesst-das-diakonische-werk-berlin-brandenburg-schlesische-oberlausitz>

Teilnahmepflicht bei Integrationskursen

Im Jahr 2017 wurden 257.925 Personen zur Integrationskurssteilnahme verpflichtet. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervor. Die zur Integrationskurssteilnahme verpflichteten Kursteilnehmer müssen ordnungsgemäß am Integrationskurs teilnehmen. Die Behörden, die die Verpflichtung angeordnet haben, müssen den Angaben zufolge »die von ihnen ausgesprochenen Verpflichtungen nachhalten und etwaige Verstöße prüfen«. Außerdem regelt das Gesetz Sanktionsmöglichkeiten für den Fall, dass Kursteilnehmer schuldhaft beziehungsweise ohne wichtigen Grund gegen ihre Teilnahmepflicht verstoßen. Die verpflichtenden Behörden seien ebenfalls für die Sanktionierung zuständig.

www.bundestag.de

Steigende Mieten verstärken Andrang bei Tafeln

Laut dem Bundesverband Deutscher Tafeln führen steigende Mieten zu verstärktem Andrang an den Ausgabestellen für Lebensmittel. Dies betreffe besonders Rentner, sagte Verbandschef Jochen Brühl in einem Interview mit der Osnabrücker Zeitung. So habe sich der Anteil der Ruheständler an den Tafelkunden in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Zurzeit versorgen die 940 Tafeln in Deutschland etwa 1,5 Millionen bedürftige Menschen. Jeder dritte Kunde ist noch Kind oder Jugendlicher.

<https://www.tafel.de/>

NRW: Ratgeber für Schwerbehinderte neu aufgelegt

Das NRW-Sozialministerium hat seinen »Ratgeber für schwerbehinderte Menschen« in einer aktualisierten Neuauflage vorgelegt. Da sich auf Bundesebene zahlreiche Regelungen geändert haben, musste der Ratgeber umfassend überarbeitet werden. Er erklärt leicht verständlich das Antragsverfahren für einen Schwerbehindertenausweis und informiert über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, über Nachteilsausgleiche, finanzielle Hilfe und praktische Unterstützungsmöglichkeiten im Alltag. Die Stichworte reichen von Altersrente über Blindengeld, Kündigungsschutz, Öffentlicher Personennahverkehr und Parken bis hin zu Wohngeld. Der »Ratgeber für schwerbehinderte Menschen – Informationen zu Antragsverfahren und Hilfen« kann kostenlos angefordert werden, entweder elektronisch unter der Internetadresse www.mags.nrw/broschuerenservice oder schriftlich beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf.

<https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/minister-laumann-wertvoller-wegweiser-im-behoerdendschungel>

20 Prozent der Arbeitnehmer arbeiten zum Niedriglohn

In Deutschland haben 2017 rund 20 Prozent (4,17 Millionen) der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten für einen Lohn unterhalb der sogenannten Niedriglohnschwelle gearbeitet. Diese lag in Anlehnung an eine Definition der OECD bei 2.139 Euro. Dies sind zwei Drittel des eigentlichen Medianeinkommens aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten.

Das Medianeinkommen der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe lag demnach 2017 bei 3.209 Euro. Für Frauen lag es bei 2.920 Euro und für Männer bei 3.372 Euro. Das Medianeinkommen (das mittlere Einkommen) ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Es ist nicht zu verwechseln mit dem Durchschnittseinkommen.

www.bundestag.de

Kennzahlen

69%

Zahl der Unternehmen in Deutschland, die sagen, dass sich die Kommunikation mit Kunden durch den Einsatz digitaler Kanäle verbessert hat.
(https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/monitoring-report-wirtschaft-digital-2018-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

66,5 Millionen

Anzahl der Personen ab 10 Jahren in Deutschland, die das Internet nutzen. Dabei wurden am häufigsten Smartphones genutzt, um ins Internet zu gehen.
(https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/09/PD18_330_634.html)

15%

Zahl der Haushalte, die im Jahr 2016 in Subsahara-Afrika über einen privaten Internetanschluss verfügten.
(https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/06/PD17_191_639.html)

18%

Anzahl der deutschen Unternehmen im Gesundheitswesen, die stark in die Digitalisierung investieren.
(https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/C-D/digitalisierungsprofil-gesundheitswesen-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

2,4 Milliarden

Höhe der bereits etatisierten Anschubfinanzierung aus dem Bundeshaushalt für den Breitbandausbau sowie die digitale Infrastrukturen an Schulen.
(<https://www.bundestag.de/presse/hib/-/572676>)

13%

Anzahl der Beschäftigten die es im Jahr 2016 als wahrscheinlich ansahen, dass ihr Arbeitsplatz zukünftig von einer Maschine übernommen werden würde.
(https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb-468-digitalisierung-am-arbeitsplatz.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

Paritätischer kritisiert Gute-Kita-Gesetz

Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert das Chaos bei den Verhandlungen zum Gute-Kita-Gesetz, das eigentlich zum 1. Januar 2019 in Kraft treten sollte. Er befürchtet, dass das Vorhaben entgegen der hoch gesteckten Erwartungen nun in der Praxis scheitern könne. Es sei zu befürchten, dass die Mehrzahl der Bundesländer die zusätzlichen Mittel vorrangig zur Refinanzierung der Gebührenfreiheit oder anderer ohnehin geplanter Vorhaben nutzen werde. Nennenswerte Effekte zur Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten seien so kaum zu erwarten. Es habe zwar einen Konsens zwischen allen Beteiligten gegeben, dass die durch Bundesmittel ermöglichten Maßnahmen einen zusätzlichen Qualitätsschub generieren müssten, doch nun solle ein Großteil der Mittel lediglich zur Refinanzierung einer allgemeinen Beitragsbefreiung eingesetzt werden. Daher verlangt der Paritätische eine Klarstellung, dass das Geld vorrangig in Qualitätsverbesserungen fließen müsse.
<https://www.der-paritaetische.de/fachinfos/gute-kita-gesetz-noch-nicht-da-geld-schon-weg/>

Ungleichheit schwächt Wirtschaft

Entwickeln sich die Einkommen der breiten Masse schlecht, führt dies zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität. Ist nicht genügend Geld vorhanden, halten sich die Menschen in Deutschland beim Konsum zurück. Das schadet wiederum der Binnenwirtschaft. Um zu einem ausgewogenen Wachstumsmodell zu kommen, müssten die unteren und mittleren Einkommen stärker steigen. Das ist das Ergebnis einer Analyse von Jan Behringer vom IMK und Till van Treeck von der Universität Duisburg-Essen. Die Forscher haben für 20 Länder im Zeitraum von 1972 bis 2007 untersucht, wie sich die Einkommensverteilung auf die Wirtschaft der jeweiligen Staaten auswirkt. In Deutschland ist das Hauptproblem das Auseinanderdriften von Unternehmensgewinnen und Masseneinkommen. Die deutschen Unternehmen haben ihre Gewinne in den 2000er-Jahren kräftig steigern können. Statt diese jedoch zu reinvestieren oder die Löhne zu erhöhen, behielten sie einen großen Teil davon ein.
https://www.boeckler.de/117423_117440.htm

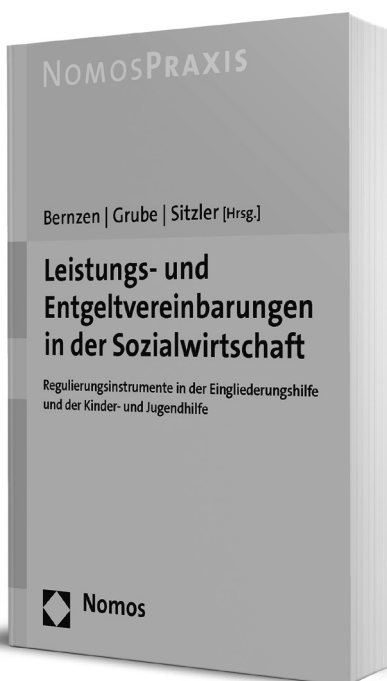
Gesetzlicher Pflegebeitrag abermals erhöht

Die Bundesregierung hat den Beitrag zur Pflegeversicherung erneut erhöht. Dem Gesetzentwurf zufolge soll der Beitragsatz von derzeit 2,55 Prozent (Kinderlose

2,80 Prozent) des Bruttoeinkommens auf 3,05 Prozent (Kinderlose 3,30 Prozent) angehoben werden. Dies soll Mehreinnahmen in Höhe von 7,6 Milliarden Euro pro Jahr für die Pflegeversicherung bringen. Bis zum Jahr 2022 sollen die Beiträge dann stabil bleiben. Der Bundesrat ist mit

der geplanten Beitragssatzanhebung um 0,5 Prozentpunkte ab 2019 in der gesetzlichen Pflegeversicherung einverstanden. Die Länderkammer erhob laut einer Unterrichtung der Bundesregierung keine Einwände gegen den Gesetzentwurf. www.bundestag.de

Kinder- und Jugendhilfe



Leistungs- und Entgeltvereinbarungen in der Sozialwirtschaft

Regulierungsinstrumente in der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe

Herausgegeben von RA Prof. Dr. Dr. Christian Bernzen, RA Dr. Christian Grube und Rebekka Sitzler

2018, 181 S., brosch., 40,— €
ISBN 978-3-8487-4484-8
nomos-shop.de/30660

Die Finanzierungsregeln in der Sozialwirtschaft sind für Leistungsanbieter, Finanzierungsträger und Leistungsempfänger von entscheidender Bedeutung. Umgang, Qualität und Nachhaltigkeit der gesetzlich verankerten Sozialleistungen hängen entscheidend von den vereinbarten Finanzierungsregeln ab.

Das neue Handbuch Leistungs- und Entgeltvereinbarungen in der Sozialwirtschaft vermittelt eine klar strukturierte und verständliche Handhabung der Finanzierungsregelungen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Eingliederungshilfe. Besonders hilfreich ist hierbei die enge Verzahnung zur Praxis. Punkt für Punkt sind alle relevanten Regelungen erklärt und deren Umsetzung erläutert. Welche Regelung bietet sich für welchen Zweck an, welche Verhandlungsspielräume bestehen, wie können die Vereinbarungen abgesichert werden, wie sieht das Schiedsstellenverfahren aus?

Schwerpunkte sind

- Leistungsvereinbarungen in der Kinder- und Jugendhilfe (§ 78b-g SGB VIII) und in der Eingliederungshilfe (§§ 75 – 81 SGB XII)
- Leistungsmerkmale wie die Ausstattung einer Einrichtung und deren Personaleinsatz und die der Leistungen
- Entgeltvereinbarungen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe
- Qualitätsentwicklungsvereinbarungen, die Durchführung von Prüfungen und die Frage nach der Wirksamkeit
- Landesrahmenverträge und ihre Bedeutung
- Schiedsstellenverfahren

Einen Ausblick zum Vergaberecht und den Sekundäransprüchen runden das Werk ab.

Das Handbuch richtet sich sowohl an Praktikerinnen und Praktiker aus der Sozialwirtschaft, der öffentlichen Verwaltung und der Sozialen Arbeit wie an Studierende, die sich mit Fragen der Organisation und der Leitung in der Sozialen Arbeit befassen.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos